

Wahlprüfsteine – Landtagswahl Saarland

Gegenwind Saarland

Piratenpartei Deutschland – Landesverband Saarland

1. Natur und Artenschutz

1.1. Windkraft im Wald

Nach einer repräsentativen EMNID-Umfrage lehnen bundesweit 80 % der Befragten Windkraft im Wald ab. Wald ist ein wichtiger CO₂-Speicher und Sauerstofflieferant – er ist die grüne Lunge zwischen den Orten des dicht besiedelten Saarlandes, dient den Bürgern zur Naherholung und beherbergt zahlreiche Natur- und Kulturdenkmäler. Er stellt das Tafelsilber des Saarlandes dar, welches nun für eine in Bezug auf Versorgungssicherheit und Klimaschutz überaus fragwürdige Technologie verschertelt werden soll. Gegenwind Saarland ist der Auffassung, dass Windkraftanlagen (nachfolgend WKA) im Wald tabu sein müssen. Wie stellt sich Ihre Partei hierzu?

Wir sind der Meinung, dass Windkraft im Wald möglich sein muss, wenn die Umweltauflagen alle erfüllt werden und dieses Vorgehen von einer Mehrheit der unmittelbar betroffenen Bürger erwünscht ist. Außer der angesprochenen Umfrage im Auftrag der Deutschen Wildtier Stiftung existiert nämlich ebenso eine EMNID-Umfrage im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien e. V., in der 52 Prozent der Befragten Windkraftanlagen in ihrer Nachbarschaft eher gut bzw. sehr gut finden. Haben die Befragten bereits Windkraftanlagen in ihrem Wohnumfeld, so klettert die Zustimmung laut dieser EMNID-Umfrage sogar auf 69 Prozent. Das Ergebnis dieser „repräsentativen“ Umfragen hängt also in erster Linie vom Auftraggeber und der damit einhergehenden unterschiedlichen Formulierung der Fragen ab.

1.2. Gefahren für Vögel und Fledermäuse

WKA stellen existenzielle und manifeste Gefahren für Vögel und Fledermäuse dar, die in den Rotoren der Anlagen geschreddert bzw. deren innere Organe durch Barotraumata zum Platzen gebracht werden. Viele dieser Tiere stehen auf der roten Liste des Saarlandes und sind vom Aussterben bedroht – darüber hinaus stellen WKA auch Gefahren für viele Arten dar, für die derzeit noch kein Gefährdungspotential gesehen wird. In den Auftragsgutachten der Projektierer werden zum Zwecke der Sicherung der Genehmigungsfähigkeit von WKA regelmäßig fragwürdige Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen vorgeschlagen – wie zum Beispiel das sog. Gondelmonitoring für Fledermäuse, welches nach unserer Auffassung einem bedingten Tötungsvorsatz gleichkommt und somit einen eindeutigen Verstoß gegen § 44 BNatSchG darstellt.

Wie stellen Sie sich zu dieser Thematik?

Der Schutz von Vögeln und Fledermäusen ist ein Bestandteil der Umweltauflagen, die die Betreiber erfüllen müssen.

1.3. Gesetzesnovelle zum BNatSchG – steht Windkraft vor Naturschutz?

Aktuell wurde zur Förderung der Durchsetzbarkeit von Windenergiestandorten in einer „Nacht- und Nebelaktion“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit wenige Tage vor Weihnachten (!) eine Gesetzesnovelle zum Bundesnaturschutzgesetz auf den Weg gebracht, nach der eine Lockerung des bisherigen Tötungs- und Verletzungsverbots von Tieren festgeschrieben werden soll, wenn eine Beeinträchtigung „unvermeidbar“ ist. Naturschutzverbänden hat man in der Vorweihnachtszeit über einen sehr undurchsichtigen und unvollständigen Verteiler gerade einmal 14 Tage Zeit gegeben, um eine Stellungnahme zu dem überaus umfangreichen Gesetzesentwurf einzubringen – nach unserer Auffassung eine unmögliche und bewusst gesteuerte Aktion.

Wie sehen Sie dies? Unterstützen Sie diese Gesetzesnovelle?

Eine Gesetzesnovelle sollte nie unter Zeitdruck, sondern immer mit einer ausreichend langen Vorbereitungs- und Reifezeit entstehen, damit entsprechende NGOs, die aus diesem Themenbereich stammen, sich damit auseinandersetzen und ihre Verbesserungsvorschläge einbringen können. Im Rahmen des Tierschutzes ist ein solches Gesetz sehr fraglich.

1.4. Rodung von wertvollen Waldbeständen

Beim Bau von WKA werden teilweise über 100 Jahre alte Baumbestände gerodet – in der Praxis zwischen 0,8 und 1,5 ha pro Windrad. Als moderner Ablasshandel des Waldfrevels werden zur „Kompensation“ vielfach Plantagen mit jungen Setzlingen in intakten Naturlandschaften angelegt, welche zudem oftmals weit entfernt vom betroffenen Waldgebiet liegen. Die heute lebenden Menschen und ihre Nachkommen werden diese Bäume nicht mehr in der ursprünglichen Größe erleben dürfen.

Wie steht Ihre Partei zu derartigen und nach unserer Überzeugung völlig ungeeigneten Maßnahmen?

Rodungen sollten der Ausnahmefall bleiben. Jedoch werden im Rahmen der normalen Forstbewirtschaftung ebenfalls jedes Jahr Bäume gefällt. Die Rodungen für Windräder sind im Gesamtumfang dabei nicht umfangreicher als die normalen Fällungen, auch wenn die Ziele unterschiedlich sein mögen.

2. Mensch und Gesundheit

2.1. 10H-Regelung und höhere Mindestabstände

Gegenwind Saarland fordert höhere Mindestabstände zwischen WKA und Wohnbebauung. Bayern hat zum Schutz seiner Bürger in Anwendung der Länderöffnungsklausel im BauGB die sog. 10H-Regel festgeschrieben, nach der die Entfernung zwischen WKA und Wohnbebauung mindestens der 10-fachen Anlagenhöhe entsprechen muss – eine Festlegung, die

zwischenzeitlich vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof als verfassungsgemäß erklärt wurde. Mit den Stimmen von CDU, SPD, GRÜNEN und PIRATEN wurde 10H den saarländischen Bürgern in mehreren Anläufen verwehrt, so dass im Saarland mit äußerst geringen Vorsorgeabständen gebaut werden darf.

Warum wurde der Natur und den saarländischen Bürgern eine sinnvolle Regelung nach bayrischem Vorbild versagt? Sind Saarländer Bürger zweiter Klasse, die hinter den Interessen weniger Windkraftprofiteure zurückstehen müssen?

Bei einer 10H Regelung gäbe es im Saarland keine Windkraft. Diese Regelung geht zu weit. Das Saarland ist schlicht und ergreifend nicht so groß wie Bayern. Zudem weist das Saarland eine mehr als doppelt so hohe Bevölkerungsdichte auf.

2.2. Schutz vor Lärmimmissionen und Schattenschlag

Die Genehmigung von WKA erfolgt nach BlmschG unter Anwendung der Verwaltungsvorschrift TA Lärm – einer technischen Anleitung zum Schutz vor Lärmimmissionen bodennaher Schallquellen bis 30 m Höhe aus dem Jahr 1998.

Die TA Lärm ist nach einhelliger Meinung von Experten veraltet und sollte zudem für zu beurteilende Anlagen mit bis zu 230 m Bauhöhe nicht angewendet werden. Impulshaltigkeit, Tonalität und Körperschall von WKA werden nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt.

Auch warnen Experten davor, dass das reale Schallausbreitungsverhalten großer WKA von den rechnerisch ermittelten Werten – insbesondere jenseits eines Abstandes von 500 m – deutlich zu Lasten der Bürger abweicht. Faktisch reine Wohngebiete werden in den Gutachten unter Missachtung tatsächlicher Gegebenheiten gemäß Baunutzungsverordnung häufig als allgemeine Wohngebiete mit zu hohen Lärmrichtwerten eingestuft. Zusätzliche psychische Belastungen erfolgen durch Schattenschlag und nächtliche Befeuerung sowie durch die Bewegungssuggestion der Anlagen.

Wie stellen Sie sich zu diesen Problematiken und was werden Sie unternehmen, damit zeitgemäße Normen und Richtlinien im Interesse der Bürger und ihrer Gesundheit entwickelt und in Anwendung gebracht werden?

Selbstverständlich sollte auf die Bevölkerung in dieser Hinsicht Rücksicht genommen werden. Eine Überprüfung der momentanen Grenzwerte kann hier sinnvoll sein.

2.3. Infraschall und Körperschall

Windkraftinduzierte körperliche Beeinträchtigungen durch Körper- und Infraschall werden nach wie vor als esoterischer „Hokuspokus“ abgetan, obwohl es hierzu zahlreiche und sehr ernstzunehmende Studien gibt, die weiteren Forschungsbedarf eindringlich anmahnen. Die Krankenkassen haben bereits eine Abrechnungsziffer für die Anerkennung von körperlichen Gesundheitsschäden durch windkraftgenerierten Infraschall festgelegt (ICD-10-GM2010-CODE T75.2 Schwindel durch Infraschall). Leider wird im Rahmen des Genehmigungsprozesses immer noch von einer „Wahrnehmungs- oder Hörschwelle“ gesprochen, obwohl Mediziner vehement eine „Wirkungsschwelle“ (die Dosis macht das Gift ...) reklamieren. Anstatt Forschungsergebnisse abzuwarten – wie dies zum Beispiel in

Dänemark der Fall ist – wird der Bürger hierzulande in Feldversuchen als medizinisches Versuchskaninchen missbraucht.

Wozu die Eile beim ungehemmten Zubau von WKA? Sollten nicht zunächst einmal Fakten auf den Tisch? Wie stellen Sie sich zu dieser Thematik?

Fakten sind immer gut, um eine objektive Entscheidung zu treffen, sodass hier dringend mehr Forschung benötigt wird.

2.4. Veränderung der Orts- und Landschaftsbilder

Der Bau von WKA führt zu einer massiven Veränderung unserer gewohnten Orts- und Landschaftsbilder und dies jenseits der üblichen Toleranzschwelle. Er führt zur optischen Bedrängnis, zum Verlust der Stille in unseren Landschaften und belastet die Menschen durch ein dramatisches Gefühl des Heimatverlustes. Dies teilen uns verzweifelte Bürger immer wieder mit.

Was erwidern Sie diesen Menschen?

Manche mögen es als Heimatverlust empfinden, für andere ist es eine Bereicherung. Das Aussehen der Landschaft wird sowieso immer subjektiv bewertet und ist daher für jeden Menschen individuell. An dieser Stelle ist es wichtig, eine objektive Entscheidung zu treffen und sich nicht an den Details der Ästhetik, die unterschiedlich wahrgenommen wird, aufzuhalten.

2.5. Repowering

Repowering wird als neue Patentlösung und Königsweg für defizitäre Alt-WKA propagiert. Hier werden an vorhandenen Standorten massenhaft kleine Anlagen mit relativ niedriger Bauhöhe gegen moderne und mehr als doppelt so große Anlagen ausgetauscht. Die vor Ort wohnenden Bürger beobachten dieses Treiben fassungslos und müssen unter erheblichen zusätzlichen Belastungen leiden.

Wie stellen Sie sich zu dieser Thematik und was tun Sie, um zusätzliche Belastungen für die Bürger zu vermeiden?

Repowering muss natürlich den gleichen Genehmigungen unterliegen wie der Erstbau.

2.6. Brandgefahr

Brände von WKA stellen eine ernstzunehmende Gefahr für Mensch und Natur dar – sie gelten unter Brandschutzexperten aufgrund der immensen Anlagenhöhe grundsätzlich als nicht löschbar. Insbesondere im Wald ist diese Gefahr latent gegeben. Empfehlungen des DFV mit umfassenden Rodungen um die WKA werden aus Naturschutzgründen nicht umgesetzt. Die Brandproblematik wird dabei durch die viel zu geringe Nähe der WKA zu den unmittelbar an den Wald angrenzenden Wohnbebauungen zusätzlich verstärkt. WKA werden als nicht brennbar beworben. Tatsächlich sind für den Betrieb jedoch Fette, Getriebe-, Hydraulik- und Transformatoröle erforderlich – bei Anlagen der üblichen 3 MW-Klasse ist von

etwa 2.000 kg dieser brennbaren Betriebsstoffe auszugehen. Automatische Löschvorrichtungen können Entstehungsbrände zwar unterdrücken – nicht aber massive Brandereignisse großer Anlagenbestandteile, wie dies zum Beispiel bei technischem Versagen oder einem unmittelbaren Blitzeinschlag der Fall ist. Die Auswirkungen von Brandereignissen auf den umgebenden Wald und die angrenzenden Wohnbebauungen werden in Brandschutzgutachten nicht ausreichend berücksichtigt. Was sagen Sie den Menschen, die Angst um ihr Leben und ihr Eigentum haben? Werden Sie einen konsequenten Brandschutz für WKA im Wald fordern, so wie dies für andere Gewerbe- und Industrieanlagen vorgeschrieben und selbstverständlich ist?

Eine besondere Brandgefahr durch Windkraftanlagen ist uns nicht bekannt und die Fallzahlen sind zum aktuellen Zeitpunkt trotz der steigenden Zahl an Windkraftanlagen recht gering. Im Vergleich zu anderen Methoden der Energiegewinnung ist dies ein Gut, das abzuwiegen gilt. Konventionelle Methoden sehen wir als weitaus gefährlicher in ihrer Gesamtheit an, sodass die Menschen hier eine viel größere Sorge um ihr Leben und um ihr Eigentum haben müssten. Über die Sorgen und Ängste der Menschen muss geredet werden.

2.7. Gefahr durch Eiswurf/Eisschlag

Eine weitere Gefahr besteht durch winterlichen Eiswurf. Während um saarländische (starre) Sendemasten (wie zum Beispiel um den Sender Riegelsberg-Schoksberg) im Winter großflächig Warnblinkanlagen vor Eisschlag warnen und Zutrittsverbote von mehreren hundert Metern ausgesprochen werden, scheint dies in den Augen von „Gutachtern“ bei ähnlich hohen WKA, deren Rotorspitzen sich mit über 300 km/h drehen, kein Problem zu sein.

Bei einer Anlage der 230 m-Klasse berechnet sich der Gefährdungsbereich nach SEIFERT (Seifert, Henry, Forschungs- und Koordinierungsstelle Windenergie der Hochschule Bremerhaven, Risikoabschätzung des Eisabwurfs von Windenergieanlagen, 2007) auf 443 m. Dennoch werden Standorte beantragt und auch genehmigt, die in wenigen Metern Abstand zu Bundesautobahnen und Landstraßen liegen. Forst-, Wander- und Reitwege in unseren Wäldern werden dabei völlig außer Acht gelassen, so dass die Begehung dieser Wege im Winter zu einem regelrechten Survival-Erlebnis wird. Bezüglich der von Betreibern angepriesenen und angeblich uneingeschränkten Funktionsfähigkeit automatischer Abschaltvorrichtungen zeigt die Praxis in vielen Fällen ein hiervon deutlich abweichendes Bild. Gerade aktuell haben Gemeinden im Hunsrück davor gewarnt, dass es trotz Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und trotz vorhandener automatischer Abschaltungen zu lebensbedrohlichem Eiswurf mit hoher Geschwindigkeit in mehreren hundert Meter Entfernung kommen kann.

Wie stehen Sie zu dieser Thematik? Werden die Forst-, Wander- und Reitwege in unseren Wäldern, die von den Bürgern zur sportlichen Betätigung und zur Naherholung genutzt werden, von November bis März bei Vereisungsgefahr gesperrt? Und wer trägt die Verantwortung, wenn Menschen durch Eiswurf zu Schaden kommen oder gar ihr Leben verlieren?

Entsprechende Warnhinweise sind sinnvoll, um auf die Gefahr hinzuweisen, die davon ausgeht. Sperrungen können im Extremfall nötig werden. Die Verantwortung trägt natürlich der Betreiber.

2.8. Tourismus und Naherholung

Vielfalt, Eigenart, Ruhe und Schönheit von Natur und Landschaft sind Voraussetzungen für eine nachhaltige Erholung des Menschen – diese Erholungswirkung wird in Windkraftindustrieregionen visuell, ästhetisch sowie durch Lärm und Rotorschlag in erheblichem Maße gestört. Das Saarland setzt gezielt auf den Ausbau eines sanften Tourismus, wozu in nicht unerheblichem Umfang auch Steuergelder eingesetzt werden. In unmittelbarer Nähe bedeutender touristischer Standorte, wie zum Bsp. am Schaumberg, am Bostalsee, am Losheimer Stausee oder an der Primstalsperre bei Nonweiler werden oder wurden aktuell zahlreiche WKA geplant und auch gebaut. Premium- und Themenwanderwege wurden verstärkt ausgewiesen und bundesweit angepriesen, um sie kurz danach mit WKA zu schänden und abzuwerten. Nach dem Bau von WKA ist hier mit Lärmimmissionen von deutlich > 50 dB(A) zu rechnen – von Erholung kann in einem derartigen Industriegebiet dann keine Rede mehr sein.

Wie passt dies alles zusammen?

Erhebungen in Tourismusgebieten, wie z. B. dem Schwarzwald, haben in der Nähe von Windkraftanlagen keine Beeinträchtigung des Tourismus ergeben.

3. Finanzielle Aspekte

3.1. Finanzielle Umverteilung

WKA werden durch das EEG massiv gefördert. Grundbesitzer, die ihren Grund und Boden auf Äckern und in Wäldern mit einem Wert von wenigen tausend Euro zum Bau von WKA zur Verfügung stellen, erhalten je nach Windhöflichkeit jährliche Pachteinahmen von mehreren 10.000 EUR bis zu 60.000 EUR (pro Windrad!) und dies über 20 Jahre garantiert – sie werden über die EEG-Umlage zu Lasten des kleinen Stromkunden zu Millionären gemacht ...

Wie stehen Sie zu diesem seltsamen System der Umverteilung von unten nach oben?

Sinnvoll ist vor allem, wenn die Räder auf Kommunalgebieten stehen, dann profitiert die Kommune. Bei anderen Standorten sollten die Bürger über Genossenschaften an den Windrädern mit profitieren können. Wir sind gegen eine übertrieben hohe Subventionierung von Windkraft, die nur noch Profite liefert und nur dem kleinen Stromkunden aufgebürdet wird.

3.2. Auswüchse am Strommarkt

Windstrom steht nicht zuverlässig und dauerhaft zur Verfügung – er ist nicht grundlastfähig. Adäquate und bezahlbare Speichertechnologien bzw. leistungsfähigere Netze wird es auch in absehbarer Zeit nicht geben. So sprechen Experten im Hinblick auf das oft gelobte „power-to-gas“-Verfahren bereits von einer „money-to-air“-Technologie ... Grundlastfähige konventionelle Backup-Kraftwerke, die man aus technischen Gründen nicht so ohne weiteres

an- und abschalten kann, müssen somit zur Netzstabilisierung und zur Sicherung einer uneingeschränkten Versorgung am Netz gehalten werden. Durch den Einspeisevorrang des Windstroms entstehen in windstarken Phasen wilde Auswüchse am Strommarkt. Der Börsenpreis wird negativ und die damit größer gewordene Differenz zur garantierten Einspeisevergütung darf der Stromkunde mittels EEG-Umlage begleichen. Der zu viel produzierte Strom ist dabei für Abnehmer noch geschenkt zu teuer und muss mit Entsorgungszahlungen ins benachbarte Ausland „verklappt“ werden, wo man sich aber bereits zunehmend mittels Phasenschiebern (=Stromsperrern) gegen dieses ungewollte Geschenk wehrt, da hierdurch die eigenen Netze massiv gestört werden. Doch nicht nur der nicht benötigte Strom wird aufgrund des sog. Einspeisevorrangs vom Stromkunden vergütet: Werden die Anlagen mangels Strombedarf oder zur Netzstabilisierung gebremst oder abgeschaltet, so wird der dann nicht produzierte Strom – auch Phantomstrom genannt – dem ungläubig schauenden Bürger ebenfalls in Rechnung gestellt. Alles etwas seltsam – oder? Was sagen Sie dem entsetzten Bürger zu diesem EEG-Trauerspiel?

Die Orientierung der Subventionierung an den Strommarktpreisen führt zu seltsamen Exzessen, von denen meist Braunkohlekraftwerke am meisten profitieren und die den kleinen Stromkunden belasten. Dieses System muss unbedingt geändert werden.

3.3. Notwendigkeit konventioneller Kraftwerke

In Ermangelung geeigneter Speicher ist wegen der extremen Einspeisevolatilität der Erneuerbaren nach unserer Auffassung ein gleichzeitiger Ausstieg aus der Atomkraft und der Kohle aus Gründen der Netzstabilität und der Versorgungssicherheit nicht darstellbar. So wurde zum Beispiel am 08.01.2017 so gut wie kein Windstrom eingespeist – wegen Flaute. Sonnenstrom war ebenfalls nicht vorhanden. Wenige Tage später wurde wiederum kein Windstrom eingespeist – dieses Mal wegen zu viel Wind; die Anlagen mussten aus Sicherheitsgründen abgeschaltet werden. Der benötigte Strom würde in solchen Fällen bei einer Stilllegung saarländischer Kohlekraftwerke – was gerade bei den beiden STEAG-Kraftwerken Weiher und Bexbach diskutiert wird – aus Cattenom geliefert werden müssen. Noch mehr Windräder oder Solarzellen lösen dabei dieses Konstruktionsproblem in der Architektur unserer sog. Energiewende nicht.

Sind Ihnen diese Zusammenhänge bekannt und wie stehen Sie dazu?

Ergänzt man Solar- und Windkraftwerke durch Stromspeicher und Gaskraftwerke für Spitzenlasten, so kann die Anzahl bisheriger „normaler“ Kraftwerke ohne weiteres gesenkt werden.

3.4. Kosten der sog. Energiewende

Die deutschen Stromverbraucher zahlten im Jahr 2015 etwa 24 Milliarden Euro für EE-Strom, der an der Leipziger Strombörse EEX einen Wert von lediglich 1,5 Milliarden Euro hatte. Die Subventionsquote liegt somit bei unglaublichen 93,75 %. Windstrom machte dabei (bilanziell) lediglich 2,4 % (Quelle: BMWi) des deutschen Primärenergieverbrauchs aus – ohne jegliche Auswirkung auf den Klimaschutz, da der CO₂-Ausstoß in den letzten 8 Jahren

trotz massivem Zubau von WKA in etwa gleichgeblieben ist. Für diesen geringen Anteil von 2,4 % am Primärenergieverbrauch werden deutsche Naturlandschaften unwiederbringlich zerstört.

Wie sehen Sie dieses krasse Missverhältnis zwischen Maßnahmen, finanziellem Aufwand und Wirkung?

Es gibt in diesem System deutliche Fehlentwicklungen, speziell in Bezug auf die Belastung der normalen Stromkunden, die zu korrigieren sind. Grundsätzlich halten wir eine Subventionierung erneuerbarer Energien aber für sinnvoll. Sie sind dringend erforderlich, da die „konventionellen“ Kraftwerke das Klima schädigen und deren Brennstoffe nur endlich vorhanden sind.

3.5. Bezahlbarkeit der sog. Energiewende

Die von deutschen Haushalten zu zahlenden Strompreise sind mittlerweile (nach dem Windstrom-Land Dänemark) die zweithöchsten in Europa. Insgesamt 360.000 Haushalten wurden wegen nicht mehr bezahlbarer Rechnungen in 2015 der Strom abgestellt – angedroht wurden bundesweit in diesem Zeitraum insgesamt 6,3 Millionen Stromsperrungen. Was sagen Sie den Menschen, die nicht mehr in der Lage sind, die immer weiter steigenden Stromkosten zu tragen und die sich auch keine neuen stromsparenden Geräte der Klasse A+++ leisten können?

Eine Subventionierung stromsparender Geräte für Kleinverdiener wäre eine gute Idee.

3.6. Wertverlust von Immobilien

Das Immobilieneigentum von Windkraft-Anwohnern wird deutlich entwertet und der Wohnwert gemindert. Makler sprechen einhellig von Werteinbußen von 30 % bis hin zur Unveräußerlichkeit bzw. Unvermietbarkeit. Dies hat für die Menschen dramatische Folgen, wenn sie zum Beispiel eine noch in Finanzierung befindliche Immobilie wegen eines Arbeitsplatzwechsels veräußern oder ihre Altersplanung gestalten müssen. Juristen sprechen in diesem Zusammenhang von einem sog. enteignungsgleichen Eingriff, der entschädigungspflichtig ist. Auch sinken die Einheitswerte der Grundstücke im Rahmen einer Wertfortschreibung nach § 22 BewG bei wertverändernden Baumaßnahmen und somit die grundsteuerl. Bemessungsgrundlage.

Was sagen Sie den betroffenen Menschen hierzu? Setzen Sie sich für eine Entschädigung des erlittenen Wertverlustes ein?

Wenn dieser nachgewiesen wird, sollte er vom Betreiber getragen werden. Bisher liegen keine Erkenntnisse vor, dass es solche Wertminderungen wirklich gibt.

4. Verfahren

4.1. Bürgerbeteiligung

Die Beteiligungsverfahren empfinden viele Bürgerinnen und Bürger als Farce. Die Vorplanungen erfolgen oftmals in aller Stille nach Gutsherrenart hinter dem Rücken der Bürger, die dann von den Entwicklungen völlig überrascht werden. Trotz einer zumeist formaljuristisch korrekten Vorgehensweise findet eine Beteiligung der Bürger im Sinne der Möglichkeit einer wirklichen Beeinflussung des Verfahrens de facto nicht statt. Dies gilt für die Aufstellung von Flächennutzungsplänen ebenso, wie für die Genehmigungsverfahren, welche fast ausschließlich als vereinfachte Verfahren und ohne Bürgerbeteiligung durchgeführt werden. Die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird dabei im Saarland im Unterschied zu anderen Bundesländern im Regelfall verneint. Zusätzlich wird es den Bürgern – trotz Berufung auf das Saarländische Umweltinformationsgesetz (SUIG) – sehr schwer gemacht, Einsicht in die Gutachten und sonst. Genehmigungsunterlagen – z. Bsp. durch eine elektronische Übermittlung – zu erhalten, so dass sie ihre Rechte nur bedingt ausüben können.

Stimmen Sie uns zu, dass es hier Handlungsbedarf gibt? Und auf welche Weise setzen Sie sich für eine Modernisierung und bürgerfreundlichere Gestaltung der Verfahren mit mehr wirklicher Mitsprache ein?

Zum aktuellen Zeitpunkt sind bereits gewisse Mitspracherechte vorhanden. Dennoch muss die Bürgerbeteiligung dringend gestärkt werden. Menschen müssen ein Recht darauf haben, selbst zu entscheiden, was in ihrem Lebensraum passiert. Davon ist Windkraft keine Ausnahme. Hier muss ein objektiver Dialog gefördert werden. Eine Stärkung dieser Rechte sehen wir auch in einer größeren Transparenz.

4.2. Verlagerung der Ausweisung von Vorrangflächen vom Land auf die Kommunen

Durch die Änderung des Landesentwicklungsplanes (LEP), Teilabschnitt „Umwelt“ im Oktober 2011 wurde die Verantwortlichkeit für die Ausweisung von Windkraft-Vorrangflächen vom Land auf die Kommunen übertragen. Die ehrenamtlich und nebenberuflich tätigen Orts- und Gemeinderäte sind in der Praxis mit dem komplexen und hochkomplizierten Thema eindeutig überfordert. Sie haben Entscheidungen zu treffen, die die Menschen ein Leben lang tangieren, für die ihnen aber in der Regel jegliche Fachkompetenz fehlt. Diese fehlende Fachkompetenz ermöglicht es den Lobbyisten der Windkraftindustrie, durch einseitige Informationen politische Entscheidungen gezielt zu beeinflussen, um so ihre Projektziele umzusetzen.

Wie sehen Sie diese Problematik? Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die Ausweisung von Vorrangflächen wieder in die Verantwortung des Landes zurückgeführt werden sollte?

Die vom Land festgesetzten Vorrangflächen haben mehrfach die örtlichen Gegebenheiten nicht sinnvoll berücksichtigt. Die Fachkompetenz wird immer noch vom Land eingebracht, da auch von dort noch Genehmigungen einzuholen sind.

4.3. Interessenskonflikte

Im Genehmigungsverfahren für WKA entstehen bundesweit stellenweise sehr bedenkliche Konstellationen. So geraten kommunale Verwaltungen in massive Interessenskonflikte; Orts- und Gemeinderäte werden als Grundbesitzer Nutznießer ihrer eigenen Entscheidungen und

Vorteilsannahmen bzw. Vorteilsgewährungen werden in der bundesdeutschen Presse zunehmend thematisiert und beschäftigen die Gerichte. Auch im Saarland besteht die Gefahr von Interessenskonflikten – sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene. So agiert zum Beispiel der amtierende Umweltminister gleichzeitig als oberstes Aufsichtsorgan des durch den Bau von WKA finanziell begünstigten SaarForst-Landesbetriebes und des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutz, welches die Genehmigungen für genau diese Anlagen erteilt. Gleichzeitig ist er als weisungsbefugter Justizminister zuständig für die Auslegung des rechtlichen Rahmens und ist gleichsam oberstes Organ der Gerichte, die bei Klagen gegen den Bau der WKA angerufen werden – nach unserer Auffassung eine sehr bedenkliche und überaus fragwürdige Konstellation.

Wie stellen Sie sich zu diesen Problematiken?

Solche Interessenkonflikte wirken sich in der Regel negativ auf den gesamten Prozess und vor allem die Akzeptanz durch die Bürger aus und sollten daher gesetzlich eingeschränkt werden. Bereits jetzt dürfen jedoch privat betroffene Grundstückseigentümer in einem Gemeinde- oder Stadtrat nicht mit abstimmen, wenn es um die Frage nach solchen Windkraftanlagen geht.

4.4. Auftragsgutachten

Die vorgelegten Gutachten werden vom Antragsteller – also von demjenigen, der ein wirtschaftliches Interesse am Bau der Anlagen hat – beauftragt und auch vergütet. Diese Gutachten sind Grundlage für Entscheidungen, die die betroffenen Menschen größtenteils lebenslang begleiten. In der Branche ist es bekannt, dass es eine „schwarze Liste“ für Gutachter gibt, die allzu seriös und gründlich arbeiten.

Viele der Gutachter arbeiten daher aus ureigener Existenznot auftragsorientiert – frei nach dem Grundsatz „wess Brot ich ess, dess Lied ich sing“... Sie werden durch das System regelrecht zu nicht ergebnisoffenem Arbeiten gezwungen. Diese Problematik der Gefälligkeitsgutachten wurde inzwischen auch vom NABU erkannt und anlässlich einer Bundesvertreterversammlung thematisiert.

Was tun Sie dafür, damit die Genehmigungsbehörde eine bessere Handhabe hat, derartigen Abhängigkeiten und Fehlentwicklungen wirkungsvoll begegnen zu können?

Es gibt immer „solche“ und „solche“ Gutachter. Sollte es zu „lasche“ Gutachter geben, so sollten diese nicht mehr tätig sein dürfen für „offizielle“ Gutachten. Zu „scharfe“ Gutachter können ja von den jeweiligen Opponenten bzw. dem Land im Zweifelsfall immer noch zugezogen werden

Eine Sachprüfung der Gutachten zumindest im Einzelfall ist erforderlich. Sollte sich herausstellen, dass Gutachten zu „gefällig“ sind, so sind diese komplett zu verwerfen.

4.5. Moratorium der Vernunft

Obwohl die Politik längst erkannt hat, dass im System „Energiewende“ einiges schief läuft, wird die Windkraft durch immensen Branchendruck entgegen jeglicher Vernunft nach dem Motto „viel hilft viel“ weiterhin massiv ausgebaut. So wirft aktuell der Bundesrechnungshof

der Bundesregierung eine mangelhafte Steuerung und schwerwiegende Mängel bei der Kontrolle der Energiewende vor. „Das BMWi hat keinen Überblick über die finanziellen Auswirkungen der Energiewende“; die Frage nach der Bezahlbarkeit der Energiewende habe „noch nicht den ihr zukommenden Stellenwert“, heißt es im Prüfbericht des Rechnungshofes an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages.

Gegenwind Saarland fordert ein Moratorium der Vernunft bzgl. des weiteren Ausbaus – prioritär müssen die Themen Netzausbau, Speicherung, Novellierung der veralteten Beurteilungsnormen sowie die wichtige Frage zur Auswirkung von Infraschall auf die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger vorangetrieben werden. Unterstützen Sie diese unsere Forderung?

Die von ihnen vorgetragenen Themen müssen sicher vorangetrieben werden, um eine positiv verlaufende Energiewende für alle Menschen zu ermöglichen. Wir sehen sie aber nicht als zwingenden Grund für ein Moratorium.
